Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/2684

02. 01. 85

Sachgebiet 826

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 16. April 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit, dem Zusatzprotokoll zu diesem Abkommen und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen und die zusätzlichen Übereinkünfte soll im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen seines sachlichen Geltungsbereichs. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung ist vorgesehen, daß den Versicherten – u. a. auch Touristen – beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen aushilfsweise vom dortigen Träger der Kranken- bzw. Unfallversicherung erbracht werden. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und tunesischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (321) – 806 06 – So 92/84

Bonn, den 21. Dezember 1984

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 16. April 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit, dem Zusatzprotokoll zu diesem Abkommen und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens, das Schlußprotokoll zum Abkommen, das Zusatzprotokoll zu dem Abkommen vom 16. April 1984 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 16. April 1984 über Soziale Sicherheit in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift zum Abkommen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 545. Sitzung am 20. Dezember 1984 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 16. April 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit, dem Zusatzprotokoll zu diesem Abkommen und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden, in Tunis am 16. April 1984 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit,
2. dem Zusatzprotokoll zu diesem Abkommen und
3. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens.

Das Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag der Bundesverband der Ortskrankenkassen in seiner Eigenschaft als Verbindungsstelle im Einvernehmen mit den anderen Spitzenverbänden der Krankenversicherung. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf alle Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des der Durchführung der Umlage vorangegangenen Kalenderjahres, ohne Rentner, aufgebracht.

Artikel 3

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 25 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 25 Abs. 1 des Abkommens genannter Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 37 Abs. 2, das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 5 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 22 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen, das Zusatzprotokoll zu dem Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung gibt die Ermächtigung, im Vergleich zu anderen Trägern der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen einer Krankenkasse auszugleichen, die durch das Abkommen entstehen können, z. B. Belastungen mit nicht erstattungsfähigen Verwaltungskosten für die Betreuung von Versicherten der tunesischen Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entscheidung der Verbindungsstelle unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 3

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 4

Die Übereinkünfte sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 37 Abs. 2, das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 5 Abs.2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 22 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit

Convention entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tunesische Republik –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

haben folgendes vereinbart:

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Hoheitsgebiet"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf die Tunesische Republik das Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik;
2. „Staatsangehöriger"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf die Tunesische Republik eine Person tunesischer Staatsangehörigkeit im Sinne des tunesischen Staatsangehörigkeitsgesetzes;
3. „Rechtsvorschriften"
   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen und die bei der Unterzeichnung des Abkommens in Kraft sind oder später in Kraft treten werden;
4. „zuständige Behörde"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
   in bezug auf die Tunesische Republik den Minister für Soziale Angelegenheiten;
5. „Träger"
   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;
6. „zuständiger Träger"
   den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

La République Tunisienne

et

la République fédérale d'Allemagne,

désireuses de régler leurs relations dans le domaine de la Sécurité Sociale,

sont convenues de ce qui suit:

Titre I

Dispositions générales

Article 1er

Aux fins de l'application de la présente Convention,

1. le terme «territoire» désigne:
   en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, le champ d'application de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne,
   en ce qui concerne la République Tunisienne, le territoire de la République Tunisienne;
2. le terme «ressortissant» désigne:
   en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, un Allemand au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne,
   en ce qui concerne la République Tunisienne, une personne de nationalité tunisienne au sens du Code Tunisien de la Nationalité;
3. le terme «législation» désigne:
   les lois, règlements, dispositions statutaires et autres actes législatifs se rapportant aux branches et régimes de Sécurité Sociale énumérés au paragraphe 1 de l'article 2, qui sont en vigueur à la date de la signature de la présente Convention ou entreront en vigueur ultérieurement;
4. le terme «autorité compétente» désigne:
   en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales,
   en ce qui concerne la République Tunisienne, le Ministre des Affaires Sociales;
5. le terme «institution» désigne:
   l'institution ou l'autorité chargée de l'exécution des législations visées au paragraphe 1 de l'article 2;
6. le terme «institution compétente» désigne:
   l'institution compétente en vertu de la législation applicable;

7. „Beschäftigung"
   eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
8. „Beitragszeit"
   eine Zeit, für die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Beiträge entrichtet sind oder als entrichtet gelten;
9. „gleichgestellte Zeit"
   eine Zeit, soweit sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt wurde oder als zurückgelegt gilt, einer Beitragszeit gleichsteht;
10. „Versicherungszeit"
    eine Beitragszeit oder eine gleichgestellte Zeit;
11. „Geldleistung"
    eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;
12. „Wohnort"
    den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts;
13. „Aufenthaltsort"
    den Ort eines vorübergehenden Aufenthalts;
14. „Träger des Wohnorts",
    soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, den Träger, der nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats zur Gewährung der Leistungen am Wohnort der in Betracht kommenden Person ermächtigt ist, oder, wenn ein solcher Träger nicht vorhanden ist, den von der zuständigen Behörde dieses Vertragsstaats bezeichneten Träger;
15. „Träger des Aufenthaltsorts",
    soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, den Träger, der nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats zur Gewährung der Leistungen am Aufenthaltsort der in Betracht kommenden Person ermächtigt ist, oder, wenn ein solcher Träger nicht vorhanden ist, den von der zuständigen Behörde dieses Vertragsstaats bezeichneten Träger.

7. le terme «emploi» désigne:
   un emploi ou une activité au sens de la législation applicable;
8. le terme «période de cotisation» désigne:
   une période pour laquelle des cotisations ont été versées ou sont considérées comme étant versées en vertu de la législation d'un des Etats contractants;
9. le terme «période équivalente» désigne:
   une période dans la mesure où elle est équivalente à une période de cotisation conformément à la législation de l'Etat contractant sous laquelle elle a été accomplie ou est considérée comme étant accomplie;
10. le terme «période d'assurance» désigne:
    une période de cotisation ou une période équivalente;
11. le terme «prestation en espèces» désigne:
    une pension (rente) ou une autre prestation en espèces, y compris tout supplément, complément ou majoration;
12. le terme «lieu de résidence» désigne:
    le lieu de la résidence habituelle;
13. le terme «lieu de séjour» désigne:
    le lieu d'un séjour temporaire;
14. le terme «institution du lieu de résidence» désigne:
    sauf disposition contraire de la présente Convention l'institution habilitée à servir les prestations dont il s'agit au lieu où l'intéressé réside, selon la législation de l'Etat contractant que cette institution applique ou, si une telle institution n'existe pas, l'institution désignée par l'autorité compétente de l'Etat contractant en cause;
15. le terme «institution du lieu de séjour» désigne:
    sauf disposition contraire de la présente Convention, l'institution habilitée à servir les prestations dont il s'agit au lieu où l'intéressé séjourne, selon la législation de l'Etat contractant que cette institution applique ou, si une telle institution n'existe pas, l'institution désignée par l'autorité compétente de l'Etat contractant en cause.

Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über
   a) die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie die Gewährung von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben;
   b) die Unfallversicherung;
   c) die Rentenversicherung und die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung;
   d) die Altershilfe für Landwirte;
2. auf die tunesischen Rechtsvorschriften über
   a) die Organisation der Systeme der Sozialen Sicherheit mit Ausnahme der Systeme der Familienleistungen, soweit solche oder entsprechende Leistungen nicht nach den deutschen Rechtsvorschriften für Empfänger von Renten vorgesehen sind;
   b) Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten;
   c) das System der Renten bei Invalidität, Alter und zugunsten der Hinterbliebenen;
   d) das System der Sozialen Sicherheit der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer und der Fischer;

Article 2

(1) A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, elle est applicable:

1. à la législation allemande concernant:
   a) l'assurance maladie ainsi que la protection de la travailleuse mère dans la mesure où cette législation vise l'octroi de prestations en nature et en espèces par les institutions d'assurance maladie;
   b) l'assurance accident;
   c) l'assurance invalidité-vieillesse et l'assurance complémentaire des travailleurs de la sidérurgie (hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung);
   d) l'aide aux vieux agriculteurs;
2. à la législation tunisienne concernant:
   a) l'organisation des régimes de sécurité sociale (à l'exclusion des régimes de prestations familiales sauf dans le cas où de telles prestations ou des prestations équivalentes sont prévues dans la législation allemande pour les bénéficiaires de rentes et pensions);
   b) les accidents de travail et maladies professionnelles;
   c) le régime des pensions d'invalidité, de vieillesse et de survivants;
   d) le régime de sécurité sociale des travailleurs agricoles et des pêcheurs;

e) die Systeme über den sozialen Schutz im öffentlichen Bereich.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Übereinkünften oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für

a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,

b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,

c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

d) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten.

Artikel 4

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, die Gewährung von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Inlandsaufenthalt abhängig ist, nicht für die in Artikel 3 genannten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Artikel 6

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich, soweit die Artikel 7 bis 11 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Artikel 7

Wird ein Arbeitnehmer, der im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats von einem Unternehmen beschäftigt wird, dem er gewöhnlich angehört, von diesem Unternehmen in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine Arbeit für Rechnung dieses Unternehmens auszuführen, so gelten bis zum Ende des zwölften Kalendermonats nach der Entsendung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt; dauert eine solche Arbeit länger als zwölf Monate, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats erneut für eine Dauer von höchstens zwölf Monaten, sofern die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten vor Ablauf der ersten Frist von zwölf Monaten ihre Zustimmung gegeben haben.

Artikel 8

(1) Für die Besatzung eines Seeschiffes gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, dessen Flagge es führt.

e) les régimes de protection sociale du secteur public.

(2) Lors de l'application de la présente Convention, les dispositions d'autres accords internationaux ou de la législation supranationale liant un des Etats contractants ou prises en vertu de l'application de ceux-ci ne sont pas applicables.

Article 3

A moins qu'il ne soit disposé autrement, la présente Convention s'applique:

a) aux ressortissants d'un des Etats contractants,

b) aux réfugiés au sens de l'article premier de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés et du Protocole du 31 janvier 1967 à ladite Convention,

c) aux apatrides au sens de l'article premier de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides,

d) à d'autres personnes en ce qui concerne les droits dérivés des droits d'un ressortissant d'un des Etats contractants, d'un réfugié ou d'un apatride au sens du présent article.

Article 4

A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, les personnes indiquées à l'article 3 et résidant sur le territoire de l'un des Etats contractants sont assimilées pour l'application de la législation de l'un des Etats contractants aux ressortissants de celui-ci.

Article 5

A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, la législation de l'un des Etats contractants qui subordonne l'ouverture du droit ou l'octroi des prestations ou le versement des prestations en espèces à la condition que l'intéressé réside sur le territoire de cet Etat n'est pas applicable aux personnes visées à l'article 3, résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 6

A moins que les articles 7 à 11 n'en disposent autrement, l'assujettissement des salariés à l'assurance obligatoire est régi par la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel ils sont occupés; cette disposition s'applique également lorsque l'employeur se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 7

Lorsqu'un travailleur occupé sur le territoire de l'un des Etats contractants par une entreprise dont il relève normalement, est détaché par cette entreprise sur le territoire de l'autre Etat contractant afin d'y effectuer un travail pour le compte de celle-ci, il demeure soumis à la législation du premier Etat contractant, pour ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance obligatoire jusqu'au terme du douzième mois à compter de la date de détachement comme s'il était encore occupé sur le territoire du premier Etat contractant; si la durée de cette occupation se prolonge au-delà de douze mois, la législation du premier Etat contractant continue à s'appliquer pour une nouvelle période maximum de douze mois, à condition que les autorités compétentes des deux Etats contractants aient donné leur accord avant la fin de la première période de douze mois.

Article 8

(1) Pour ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance obligatoire, l'équipage d'un navire est soumis à la législation de l'Etat contractant dont le navire bat pavillon.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffes ist, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 9

Die Artikel 6 und 8 gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 10

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder von einem Mitglied einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslands wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tag der Erklärung ab.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für in Absatz 1 genannte Arbeitnehmer, die von einem anderen öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt werden.

Artikel 11

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Person im Sinne des Artikels 9 kann die zuständige Behörde des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht nach den Artikeln 6 bis 10 anzuwenden wären, nachdem die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats Stellung genommen hat, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommende Person in bezug auf die Versicherungspflicht den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats unterstellt wird; bei der Entscheidung ist nach Möglichkeit auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen. Ist der Arbeitnehmer nicht im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem er zuletzt vorher beschäftigt war. War er vorher nicht im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem er zuletzt vorher beschäftigt war. War er vorher nicht im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem die zuständige Behörde dieses Vertragsstaats ihren Sitz hat.

Artikel 12

(1) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über das Nichtbestehen oder die Einschränkung eines Leistungsanspruchs oder einer Leistung beim Zusammentreffen mit anderen Leistungsansprüchen oder anderen Leistungen werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ergeben. Hätte dies zur Folge, daß beide Leistungen eingeschränkt werden, so sind sie jeweils um die Hälfte des Betrags zu mindern, um den sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen der Anspruch besteht, zu mindern wären.

(2) Le travailleur salarié résidant sur le territoire de l'un des Etats contractants et occupé temporairement à bord d'un navire battant pavillon de l'autre Etat contractant, par un employeur ayant son siège sur le territoire du premier Etat contractant et qui n'est pas propriétaire du navire, est soumis à la législation du premier Etat pour ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance obligatoire comme s'il était occupé sur le territoire de celui-ci.

Article 9

Les dispositions des articles 6 et 8 sont applicables par analogie aux personnes qui ne sont pas travailleurs salariés mais auxquelles sont applicables les législations visées au paragraphe 1 de l'article 2.

Article 10

(1) Les ressortissants de l'un des Etats contractants employés par cet Etat ou par un membre d'une mission diplomatique ou d'un poste consulaire de cet Etat, sur le territoire de l'autre Etat contractant, sont soumis pour ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance obligatoire à la législation du premier Etat contractant.

(2) Les travailleurs visés au paragraphe 1 ayant résidé, avant le commencement de leur emploi, sur le territoire du pays d'emploi pourront, dans les trois mois à partir de la date du commencement de l'emploi, opter pour l'application de la législation du pays d'emploi pour ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance obligatoire. L'option devra être notifiée à l'employeur. La législation pour laquelle l'intéressé a opté sera applicable à partir de la date de la notification.

(3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent par analogie aux travailleurs visés au paragraphe 1 et occupés par un autre employeur public.

Article 11

Sur demande commune du travailleur salarié et de l'employeur ou sur demande de la personne assimilée au sens des dispositions de l'article 9, l'autorité compétente de l'Etat contractant dont la législation, pour ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance obligatoire, serait applicable conformément aux dispositions des articles 6 à 10 pourra admettre, après avis de l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, l'exemption de cette législation si la personne intéressée est, pour ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance obligatoire, soumise à la législation de l'autre Etat contractant; la décision tiendra compte, autant que possible, de la nature et des conditions de l'emploi. Si le travailleur n'est pas occupé sur le territoire de ce dernier Etat contractant, il est réputé être occupé au lieu de son dernier emploi. Si le travailleur n'a pas été occupé antérieurement sur le territoire de cet Etat contractant, il est réputé être occupé au lieu où l'autorité compétente de cet Etat a son siège.

Article 12

(1) La législation d'un Etat contractant prévoyant qu'un droit aux prestations ou une prestation n'existent pas ou seront réduits en cas de cumul avec d'autres prestations ou droits aux prestations, est applicable également à des situations analogues résultant de l'application de la législation de l'autre Etat contractant. Au cas où cela entraînerait une réduction des deux prestations, celles-ci seront réduites respectivement de la moitié du montant dont elles devraient être réduites conformément à la législation de l'Etat contractant ouvrant droit aux prestations.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn Leistungen gleicher Art wegen Arbeitsunfalls (Berufskrankheiten) oder aus der Rentenversicherung zusammentreffen, die nach Titel II Kapitel 2 und 3 festgestellt werden.

(3) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über das Nichtbestehen des Leistungsanspruchs oder die Einschränkung der Leistung, solange eine Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung in der Rentenversicherung besteht, werden auch in bezug auf gleichartige Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder in dessen Hoheitsgebiet ergeben.

Titel II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 13

Für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs und die Dauer der Leistungsgewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und Zeiten des Bezugs einer Leistung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 14

(1) Artikel 5 gilt für eine Person,

a) die, nachdem der Versicherungsfall eingetreten ist, ihren Wohnort oder ihren Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung vorher zugestimmt hat;

b) bei der der Versicherungsfall während des vorübergehenden Aufenthalts im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nur, wenn sie wegen ihres Zustands sofort Leistungen benötigt;

c) bei der der Versicherungsfall nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eingetreten ist, nur, wenn sich die Person in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragstaats begeben hat, um dort eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 Buchstabe a kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

(3) Artikel 5 gilt nicht für eine Person, solange für sie Leistungen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich oder vorübergehend aufhält, beansprucht werden können.

(4) Absatz 1 Buchstaben a und b und Absatz 2 gelten nicht für Leistungen bei Mutterschaft.

Artikel 15

(1) Bei Anwendung des Artikels 5 sind die Sachleistungen

in der Bundesrepublik Deutschland

von der für den Wohnort oder den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,

in der Tunesischen Republik

von der Nationalversicherungsanstalt (Caisse Nationale de Sécurité Sociale), Tunis,

zu erbringen.

(2) Le paragraphe 1 n'est pas applicable lorsqu'il y a bénéfice de prestations d'accidents (maladies professionnelles) ou d'invalidité-vieillesse de même nature liquidées conformément aux chapitres 2 et 3 du titre II.

(3) La législation d'un Etat contractant prévoyant qu'un droit aux prestations n'existe pas ou que la prestation sera réduite tant que l'intéressé exerce une activité salariée ou tant qu'il est assujetti à l'assurance invalidité-vieillesse obligatoire, est applicable également à des situations analogues résultant de l'application de la législation de l'autre Etat contractant ou se produisant sur le territoire de celui-ci.

Titre II

Dispositions particulières

Chapitre 1er

Assurance maladie

Article 13

Pour l'ouverture, le maintien ou le recouvrement du droit aux prestations ainsi que pour la durée du service des prestations, les périodes d'assurance accomplies sous les législations des deux Etats contractants et les périodes du bénéfice d'une prestation seront totalisées à condition qu'elles ne se superposent pas.

Article 14

(1) Les dispositions de l'article 5 ne sont applicables aux personnes

a) qui ont transféré leur résidence ou leur séjour sur le territoire de l'autre Etat contractant après la réalisation du risque que lorsque l'institution compétente a préalablement autorisé ce transfert;

b) pour lesquelles la réalisation du risque s'est produite pendant un séjour temporaire sur le territoire de l'autre Etat contractant que lorsque leur état nécessite immédiatement des prestations;

c) pour lesquelles la réalisation du risque s'est produite après qu'elles ont cessé d'être assurées que lorsque ces personnes se sont rendues sur le territoire de l'autre Etat contractant en vue d'y exercer un emploi qui leur a été offert.

(2) L'autorisation requise au titre du paragraphe 1 (a) peut être donnée ultérieurement si l'intéressé a omis ou n'a pu, pour des motifs valables, la demander préalablement.

(3) Les dispositions de l'article 5 ne sont pas applicables à une personne tant qu'elle peut prétendre aux prestations sous la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel elle réside ou séjourne.

(4) Les dispositions du paragraphe 1 (a) et (b) et du paragraphe 2 ne sont pas applicables aux prestations de maternité.

Article 15

(1) Pour l'application des dispositions de l'article 5 les prestations en nature sont servies

en République fédérale d'Allemagne

par la Caisse générale locale de maladie (Allgemeine Ortskrankenkasse) compétente pour le lieu de résidence ou de séjour;

en République Tunisienne

par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale (C.N.S.S.) à Tunis.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Wohnorts oder des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften mit Ausnahme der Rechtsvorschriften über die Dauer der Leistungsgewährung, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie der sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren.

(3) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur gewährt, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden.

(4) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die in Artikel 5 genannten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den in Absatz 1 genannten Trägern versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

(5) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Wohnorts oder des Aufenthaltsorts die nach Absatz 1 aufgewendeten Beträge.

(6) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Artikel 16

(1) Auf eine Person, die aus den Rentenversicherungen beider Vertragsstaaten Rente bezieht oder diese beantragt hat, werden unbeschadet der Absätze 2 und 3 die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des Vertragsstaats angewendet, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Person sich gewöhnlich aufhält.

(2) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Rentenempfänger seinen gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so werden die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des ersten Vertragsstaats bis zum Ende des Monats nach dem Monat der Verlegung angewendet.

(3) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt aus dem Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so werden die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats bis zum Ende des Monats nach dem Monat der Verlegung angewendet.

(4) Bezieht eine Person nur aus der Rentenversicherung eines Vertragsstaats eine Rente oder hat sie nur eine Rente beantragt, so gilt Artikel 5 in bezug auf die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner entsprechend.

Kapitel 2

Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 17

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, daß bei der Bemessung des Grades der Erwerbsminderung oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines

(2) Les prestations en nature sont servies selon les dispositions de la législation appliquée par l'institution du lieu de résidence ou de séjour à l'exception des dispositions concernant la durée du service des prestations, les membres de la famille à prendre en considération et des dispositions législatives y afférentes régissant la procédure des litiges en matière de prestations.

(3) Les prothèses ou autres prestations en nature de grande importance financière ne sont octroyées, exception faite des cas d'urgence absolue, que lorsque l'institution compétente donne son accord. Sont considérés comme étant d'urgence absolue les cas où l'octroi de la prestation ne peut être différé sans que la vie ou la santé de l'intéressé ne soit sérieusement menacée.

(4) Les personnes et organismes qui ont conclu, avec les institutions visées au paragraphe 1, des conventions sur l'octroi de prestations en nature aux personnes affiliées à ces institutions ou aux membres de leur famille sont tenus d'octroyer les prestations en nature également aux personnes visées à l'article 5 dans les mêmes conditions comme si ces personnes étaient affiliées aux institutions visées au paragraphe 1 ou étaient des ayants droit des personnes affiliées et comme si les conventions couvraient aussi ces personnes.

(5) L'institution compétente rembourse à l'institution du lieu de résidence ou de séjour les sommes dépensées en vertu des dispositions du paragraphe 1.

(6) Sur proposition des institutions intéressées, les autorités compétentes peuvent convenir, pour tous les cas ou pour certaines catégories de cas, d'un remboursement forfaitaire des sommes dépensées en vue de simplifier la procédure administrative.

Article 16

(1) Sans préjudice des dispositions des paragraphes 2 et 3, les personnes qui bénéficient de pensions au titre des régimes d'assurance invalidité-vieillesse et survie des deux Etats contractants ou qui en ont fait la demande seront soumises à la législation régissant l'assurance maladie des bénéficiaires de pensions de l'Etat contractant sur le territoire duquel ces personnes résident.

(2) Lorsque le bénéficiaire d'une pension visé au paragraphe 1 transfère sa résidence sur le territoire de l'autre Etat contractant, la législation régissant l'assurance maladie des bénéficiaires de pensions du premier Etat contractant sera applicable jusqu'à la fin du mois suivant celui du transfert de résidence.

(3) Lorsqu'un postulant à pension visé au paragraphe 1 transfère sa résidence du territoire de l'un des Etats contractants sur le territoire de l'autre, la législation du premier Etat contractant sera applicable jusqu'à la fin du mois suivant celui du transfert de résidence.

(4) Lorsqu'une personne bénéficie d'une pension au titre du régime d'assurance invalidité-vieillesse et survie d'un seul Etat contractant ou qu'elle n'a demandé qu'une seule pension, les dispositions de l'article 5 s'appliquent par analogie en ce qui concerne l'assujettissement à l'assurance en vertu de la législation régissant l'assurance maladie des bénéficiaires de pensions.

Chapitre 2

Assurance accident du travail et maladies professionnelles

Article 17

(1) Si la législation d'un Etat contractant prévoit que, pour l'évaluation du taux de réduction de la capacité de travail ou la détermination du droit aux prestations résultant d'un acci-

Arbeitsunfalls (einer Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Unfällen stehen solche gleich, die nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle anerkannt sind.

(2) Der zur Entschädigung des Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (die Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 18

(1) Für den Leistungsanspruch auf Grund einer Berufskrankheit werden vom Träger eines Vertragsstaats auch die Beschäftigungen berücksichtigt, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen. Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats gewährt, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Von der Rente gewährt jeder Träger nur den Teil, der dem Verhältnis der Dauer der im Hoheitsgebiet des eigenen Vertragsstaats ausgeübten zur Dauer der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Beschäftigungen entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Gewährung von Leistungen an Hinterbliebene.

Artikel 19

(1) Artikel 5 gilt in bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während einer Heilbehandlung ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

Artikel 20

(1) Hat ein Träger des einen Vertragsstaats einer Person im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Sachleistungen zu gewähren, so sind sie unbeschadet des Absatzes 3

in der Bundesrepublik Deutschland

von der für den Wohnort oder den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,

in der Tunesischen Republik

von der Nationalversicherungsanstalt (Caisse Nationale de Sécurité Sociale – C.N.S.S.), Tunis,

zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Wohnorts oder des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Ist nach Absatz 1 Berufshilfe zu gewähren, so wird sie vom Träger der Unfallversicherung im Hoheitsgebiet des Wohnortsstaats oder des Aufenthaltsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erbracht. Zuständig ist der Träger der Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den

dent du travail (d'une maladie professionnelle) au sens de cette législation, d'autres accidents du travail (maladies professionnelles) seront pris en considération, cette disposition s'applique également aux accidents du travail (maladies professionnelles) couverts par la législation de l'autre Etat contractant comme s'ils étaient couverts par la législation du premier Etat contractant. Sont assimilés aux accidents à prendre en considération ceux qui, selon les dispositions du droit public, sont réputés comme tels ou comme d'autres cas donnant lieu à réparation.

(2) L'institution compétente pour la réparation du risque détermine sa prestation selon le taux d'incapacité due à l'accident du travail (à la maladie professionnelle) qu'elle est tenue de prendre en considération sous la législation qu'elle applique.

Article 18

(1) Pour l'ouverture du droit aux prestations au titre d'une maladie professionnelle, l'institution de l'un des Etats contractants tient compte également des activités exercées sur le territoire de l'autre Etat contractant et susceptibles en vertu de leur nature de provoquer ladite maladie. Si la victime peut prétendre aux prestations sous les législations des deux Etats contractants, les prestations en nature et les prestations en espèces, à l'exception de la rente, sont accordées exclusivement au titre de la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel le titulaire réside. La charge de la rente est répartie entre les institutions, chacune d'elles supportant la fraction qui correspond au prorata de la durée de l'activité exercée sur son territoire national par rapport à la durée des activités à prendre en considération selon les dispositions de la première phrase du présent paragraphe.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également à l'octroi de prestations aux survivants.

Article 19

(1) Les dispositions de l'article 5 ne sont applicables, en ce qui concerne les prestations en nature, aux personnes qui ont transféré, pendant un traitement curatif, leur résidence ou leur séjour sur le territoire de l'autre Etat contractant que lorsque l'institution compétente a préalablement autorisé ce transfert.

(2) L'autorisation prévue au paragraphe 1 peut être donnée ultérieurement si l'intéressé a omis ou n'a pu, pour des motifs valables, la demander préalablement.

Article 20

(1) Les prestations en nature à accorder par une institution de l'un des Etats contractants à une personne sur le territoire de l'autre Etat contractant sont servies, sans préjudice des dispositions du paragraphe 3,

en République fédérale d'Allemagne

par la Caisse générale locale de maladie (Allgemeine Ortskrankenkasse) compétente pour le lieu de résidence ou de séjour;

en République Tunisienne

par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale (C.N.S.S.) à Tunis.

(2) Les prestations en nature sont servies conformément à la législation applicable à l'institution du lieu de résidence ou de séjour.

(3) Les mesures de réadaptation professionnelle à appliquer en vertu des dispositions du paragraphe 1 seront prises par l'institution d'assurance accident sur le territoire de l'Etat du lieu de résidence ou de séjour conformément à la législation qui lui est applicable. L'institution compétente est l'institution

Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats zu entscheiden wäre.

(4) Anstelle des in Absatz 1 genannten Trägers kann der in Absatz 3 Satz 2 genannte Träger der Unfallversicherung die Leistungen erbringen.

(5) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur gewährt, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden.

(6) Artikel 15 Absatz 4 gilt entsprechend.

Artikel 21

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Wohnorts oder des Aufenthaltsorts die nach Artikel 20 aufgewendeten Beträge.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 22

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechnungsfähige Versicherungszeiten vorhanden, so werden für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechnungsfähig sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. In welchem Ausmaß Versicherungszeiten anrechnungsfähig sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die die Anrechnungsfähigkeit bestimmen.

Artikel 23

Für den deutschen Träger gilt folgendes:

1. Die nach Artikel 22 zu berücksichtigenden tunesischen Versicherungszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung der Leistung zuständig ist. Wäre danach die knappschaftliche Rentenversicherung zuständig, so werden nach den tunesischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt sind.

2. Bemessungsgrundlagen werden aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Rentenberechnung zu berücksichtigen sind.

3. Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 22 erfüllt, so wird der auf die Zurechnungszeit entfallende Leistungsteil nur zur Hälfte gezahlt.

4. Der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, wird nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gezahlt, wenn der Anspruch auf Rente ohne

d'assurance accident qui serait compétente s'il fallait prendre une décision en ce qui concerne le droit aux prestations sous la législation de cet Etat contractant.

(4) L'institution d'assurance accident visée à la deuxième phrase du paragraphe 3 peut servir les prestations à la place de l'institution visée au paragraphe 1.

(5) Les prothèses et autres prestations en nature de grande importance financière ne seront accordées, exception faite des cas d'urgence absolue, que lorsque l'institution compétente donne son accord. Sont considérés comme étant d'urgence absolue les cas où l'octroi de la prestation ne peut être différé sans que la vie ou la santé de l'intéressé ne soit sérieusement menacée.

(6) Les dispositions du paragraphe 4 de l'article 15 sont applicables par analogie.

Article 21

(1) L'institution compétente rembourse à l'institution du lieu de résidence ou de séjour les sommes dépensées en vertu des dispositions de l'article 20.

(2) Sur proposition des institutions intéressées, les autorités compétentes peuvent convenir pour tous les cas ou pour certaines catégories de cas d'un remboursement forfaitaire des sommes dépensées en vue de simplifier la procédure administrative.

Chapitre 3

Assurance invalidité-vieillesse et survie

Article 22

Dans le cas de périodes d'assurance à prendre en compte sous les législations des deux Etats contractants, il est tenu compte également, pour l'acquisition, le maintien ou le recouvrement du droit aux prestations sous la législation applicable, des périodes d'assurance à prendre en compte sous la législation de l'autre Etat contractant pour autant qu'elles ne se superposent pas. La proportion dans laquelle les périodes d'assurance sont susceptibles d'être prises en compte est déterminée par la législation régissant la prise en compte.

Article 23

Les dispositions suivantes sont applicables à l'institution allemande:

1. Les périodes d'assurance tunisienne à prendre en considération conformément aux dispositions de l'article 22 sont couvertes par la branche d'assurance dont l'institution est compétente, en application exclusive de la législation allemande, pour la liquidation de la prestation. Si dans ce cas, le régime d'assurance invalidité-vieillesse et survie des travailleurs des mines est compétent, les périodes d'assurance à prendre en compte sous la législation tunisienne seront prises en compte par le régime d'assurance invalidité-vieillesse et survie des travailleurs des mines à condition que ces périodes aient été accomplies dans des entreprises minières au fond.

2. Les bases de calcul sont fixées en fonction des périodes d'assurance à prendre en considération pour le calcul des pensions sous la législation allemande.

3. Lorsque les conditions d'acquisition du droit à pension ne sont remplies qu'en application des dispositions de l'article 22, la fraction de pensions due au titre des périodes complémentaires (Zurechnungszeit) n'est versée qu'à moitié.

4. La majoration pour enfant à charge ou le montant dont est majorée la pension d'orphelin sont versés conformément à la législation nationale, lorsqu'il y a droit à la pension sans

Berücksichtigung des Artikels 22 besteht und Kinderzuschuß oder Waisenrente nach den tunesischen Rechtsvorschriften nicht zu zahlen ist; andernfalls wird der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, in Höhe der Hälfte des nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts in Betracht kommenden Betrags gezahlt.

5. Für den Wegfall der Knappschaftsausgleichsleistung stehen tunesische knappschaftliche Betriebe deutschen knappschaftlichen Betrieben gleich.

Artikel 24

Für den tunesischen Träger gilt folgendes:

1. Die nach Artikel 22 zu berücksichtigenden deutschen Versicherungszeiten werden unter ausschließlicher Anwendung der tunesischen Rechtsvorschriften für die Feststellung der Leistungen berücksichtigt. Der tunesische Träger stellt auf Grund der für ihn geltenden Rechtsvorschriften fest, ob der Versicherte die notwendigen Voraussetzungen für einen Anspruch auf eine Leistung, gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Artikels 22, erfüllt.
2. Erfüllt der Versicherte die unter Nummer 1 Satz 2 genannten Voraussetzungen, so berechnet der betreffende Träger die theoretische Höhe der Leistung, auf die der Versicherte Anspruch hätte, so als ob alle nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten ausschließlich nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären. Dieser Träger setzt sodann den tatsächlichen Betrag der Leistung fest, die ihm auf Grund des in Satz 1 genannten theoretischen Betrags anteilig im Verhältnis zur Dauer der Versicherungszeiten, die vor Eintritt des Versicherungsfalls nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden, zur Gesamtdauer der vor Eintritt des Versicherungsfalls nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten zusteht.
3. Erfüllt der Versicherte unabhängig von Artikel 22 die erforderlichen Voraussetzungen für einen Leistungsanspruch, so setzt der tunesische Träger die Höhe der Leistungen entsprechend den Versicherungszeiten fest, die allein nach den tunesischen Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden.

égard pour les dispositions de l'article 22 et lorsque la majoration pour enfant à charge ou la pension d'orphelin ne sont pas à payer en vertu de la législation tunisienne, sinon la majoration pour enfant à charge ou le montant dont est majorée la pension d'orphelin sont versés à moitié du montant dû en vertu de la législation nationale.

5. Quant à la suppression de la prestation compensatrice au titre de l'assurance invalidité-vieillesse et survie des travailleurs des mines, les entreprises minières tunisiennes sont assimilées aux entreprises minières allemandes.

Article 24

Les dispositions suivantes sont applicables à l'institution tunisienne:

1. Les périodes d'assurance allemandes à prendre en considération conformément aux dispositions de l'article 22 sont prises en compte pour la liquidation des prestations en application exclusive de la législation tunisienne. L'institution tunisienne détermine, selon les dispositions de la législation qu'elle applique, si l'assuré satisfait aux conditions requises pour avoir droit aux prestations compte tenu, le cas échéant, des dispositions de l'article 22.
2. Lorsque l'assuré satisfait aux conditions visées à la deuxième phrase du n° 1 ci-dessus, ladite institution calcule le montant théorique de la prestation à laquelle il aurait droit comme si toutes les périodes accomplies sous les législations de chacun des deux Etats contractants avaient été accomplies exclusivement sous la législation qu'elle applique. Cette institution fixe ensuite le montant effectif de la prestation qui lui incombe sur la base du montant théorique visé à l'alinéa précédant au prorata de la durée des périodes d'assurance accomplies avant la réalisation du risque sous la législation qu'elle applique par rapport à la durée totale des périodes d'assurance accomplies avant la réalisation du risque sous les législations des deux Etats contractants.
3. Lorsque l'assuré satisfait aux conditions requises pour avoir droit aux prestations, sans application des dispositions de l'article 22, l'institution tunisienne détermine le montant des prestations en fonction des seules périodes d'assurance accomplies sous la législation tunisienne.

Titel III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe

Artikel 25

(1) Die mit der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens betrauten Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist grundsätzlich kostenlos.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung der Feststellung der Ansprüche eines Antragstellers in bezug auf die zuständigen Träger beider Vertragsstaaten gedient hat.

Titre III

Dispositions diverses

Chapitre 1er

Entraide administrative

Article 25

(1) Les institutions, fédérations d'institutions et autorités des Etats contractants chargées de l'application des législations visées au paragraphe 1 de l'article 2 et des dispositions de la présente Convention se prêteront leurs bons offices comme s'il s'agissait de l'application de leur propre législation. L'entraide est en principe gratuite à moins qu'il ne s'agisse de dépenses en espèces.

(2) La première phrase du paragraphe 1 s'applique également aux examens médicaux. Les frais des examens médicaux, les frais de voyage, les pertes de salaires, les frais de logement encourus lorsqu'une personne est gardée en observation et d'autres dépenses en espèces, à l'exception des frais postaux, seront remboursés par l'institution requérante. Les frais ne sont pas remboursés si l'examen médical a servi à la détermination des droits d'un requérant à l'égard des institutions compétentes des deux Etats contractants.

Artikel 26

(1) Sind Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer der in Artikel 25 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaats vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

(2) Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer der in Artikel 25 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaats vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 27

Die in Artikel 25 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Vorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 28

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche aufgeschoben wird, soweit dies nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats zulässig ist.

Artikel 29

Die berufskonsularischen Behörden des einen Vertragsstaats sind berechtigt, vorbehaltlich der im Empfangsstaat geltenden Gepflogenheiten und Verfahren die Angehörigen des Entsendestaats vor den Gerichten und Behörden des Empfangsstaats zu vertreten oder für ihre angemessene Vertretung zu sorgen, um entsprechend den Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften des Empfangsstaats vorläufige Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Interessen dieser Staatsangehörigen zu erwirken, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus einem anderen Grund ihre Rechte und Interessen nicht selbst rechtzeitig verteidigen können.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 30

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

Article 26

(1) Les exemptions ou réductions de droits de timbre et de taxe prévues pour les pièces ou documents à produire aux organismes d'un Etat contractant visés au paragraphe 1 de l'article 25 sont applicables également aux pièces et autres documents à produire, en application des législations visées au paragraphe 1 de l'article 2, à un organisme correspondant de l'autre Etat contractant.

(2) Les pièces et documents à produire, aux fins de l'application des législations visées au paragraphe 1 de l'article 2, à un des organismes d'un Etat contractant visés au paragraphe 1 de l'article 25 sont exemptés du visa de légalisation et d'autres formalités analogues pour être utilisés auprès d'organismes de l'autre Etat contractant.

Article 27

Aux fins de l'application de la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2 et de la présente Convention, les organismes visés au paragraphe 1 de l'article 25 peuvent communiquer directement entre eux ainsi qu'avec les personnes intéressées et leurs mandataires dans leurs langues officielles. Cette disposition ne porte pas atteinte aux dispositions concernant l'emploi d'interprètes. Les jugements, décisions ou autres documents peuvent être communiqués directement à une personne qui se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant par lettre recommandée avec accusé de réception.

Article 28

(1) Lorsque la demande d'une prestation a été introduite sous la législation d'un Etat contractant auprès d'un organisme de l'autre Etat contractant admis pour la réception de la demande d'une prestation analogue sous la législation qui lui est applicable, la demande est réputée introduite auprès de l'institution compétente. Cette disposition est applicable par analogie à d'autres demandes ainsi qu'aux déclarations et recours.

(2) Une demande de prestation sous la législation d'un Etat contractant est considérée comme demande d'une prestation analogue sous la législation de l'autre Etat contractant. Cette disposition ne s'applique pas si le requérant demande expressément que la détermination de ses droits conformément à la législation de l'autre Etat contractant soit différée et ce dans la mesure où cette même législation lui en confère la faculté.

Article 29

Les autorités consulaires de carrière de l'un des Etats contractants sont habilitées, sous réserve des pratiques et procédures en vigueur dans l'Etat de résidence, à représenter les ressortissants de l'Etat d'envoi ou à prendre des dispositions afin d'assurer leur représentation appropriée devant les tribunaux ou les autres autorités de l'Etat de résidence pour demander, conformément aux lois et règlements de l'Etat de résidence, l'adoption de mesures provisoires en vue de la sauvegarde des droits et intérêts de ces ressortissants lorsque, en raison de leur absence ou pour toute autre cause, ils ne peuvent défendre en temps utile leurs droits et intérêts.

Chapitre 2

Application et interprétation de la Convention

Article 30

(1) Les autorités compétentes peuvent convenir des mesures administratives nécessaires pour l'application de la présente Convention. Elles se tiendront informées mutuellement des modifications et des additions apportées à la législation visée à l'article 2 qui leur est applicable.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung
der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn,

für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn,

für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Schwaben, Augsburg,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

in der Tunesischen Republik

die Nationale Pensions- und Sozialversicherungsanstalt (Caisse Nationale de Retraite et de Prévoyance Sociale – C.N.R.P.S.), Tunis, für ihre Sozialversicherten im Bereich der Versorgungs- und Alterssysteme,

das Ministerium der Finanzen (Ministère des Finances), Tunis, für die Sozialversicherten des öffentlichen Dienstes bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,

die Nationalversicherungsanstalt (Caisse Nationale de Sécurité Sociale – C.N.S.S.), Tunis,

für die übrigen Personen, auf die dieses Abkommen Anwendung findet.

Artikel 31

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 32

Zahlungen, die sich in Anwendung dieses Abkommens ergeben, erfolgen nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten und der zwischen ihnen geltenden Übereinkünfte.

Artikel 33

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht gewährt, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von

(2) Pour l'application de la présente Convention, les organismes de liaison suivants seront institués:

en République fédérale d'Allemagne:

pour l'assurance maladie:
la Fédération nationale des caisses locales de maladie (Bundesverband der Ortskrankenkassen) à Bonn,

pour l'assurance accident:
la Fédération des associations professionnelles de l'industrie (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V.) à Bonn,

pour l'assurance invalidité-vieillesse des ouvriers:
l'Office régional d'assurance (Landesversicherungsanstalt Schwaben) à Augsburg,

pour l'assurance invalidité-vieillesse des employés:
l'Office fédéral d'assurance des employés (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) à Berlin,

pour l'assurance invalidité-vieillesse des travailleurs des mines:
la Caisse fédérale d'assurance des mineurs (Bundesknappschaft) à Bochum,

pour l'assurance complémentaire des travailleurs de la sidérurgie:
l'Office régional d'assurance de la Sarre (Landesversicherungsanstalt für das Saarland) à Saarbrücken;

en République Tunisienne:

la Caisse Nationale de Retraite et de Prévoyance Sociale (C.N.R.P.S.) à Tunis

pour ses assurés sociaux au titre des régimes de prévoyance sociale et de retraite,
le Ministère des Finances à Tunis

pour les assurés sociaux du secteur public au titre du régime des accidents du travail et des maladies professionnelles,
la Caisse Nationale de Sécurité Sociale (C.N.S.S.) à Tunis

pour les autres bénéficiaires de la Convention.

Article 31

(1) Si une personne bénéficiaire d'une prestation en vertu de la législation de l'un des Etats contractants pour un dommage survenu sur le territoire de l'autre Etat contractant détient un droit à réparation à l'égard d'un tiers en vertu des dispositions législatives de cet Eat, l'institution du premier Etat contractant est subrogée dans les droits à réparation que le bénéficiaire détient à l'encontre du tiers, en vertu de la législation qui lui est applicable.

(2) Si une institution d'un Etat contractant et une institution de l'autre Etat contractant ont droit à réparation en ce qui concerne les prestations de même nature pour le même dommage, l'institution de l'un des Etats contractants fait valoir également, à la demande de l'institution de l'autre Etat contractant, les droits de celle-ci. Le tiers pourra satisfaire aux droits des deux institutions en versant les sommes dues, avec effet libératoire, soit à l'une soit à l'autre institution. Les deux institutions répartiront entre elles les sommes perçues au prorata des prestations à verser par chacune d'elles.

Article 32

Les règlements découlant de l'application des dispositions de la présente Convention s'effectuent conformément à la législation en vigueur dans les deux Etats contractants et aux accords en vigueur entre eux.

Article 33

(1) Lorsque des prestations en espèces ont été indûment accordées par l'institution d'un Etat contractant, les sommes

der Nachzahlung einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Trifft die Gewährung von Krankengeld nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats mit der Gewährung einer Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zusammen, so gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Hat der Träger eines Vertragsstaats einen Vorschuß im Hinblick auf den Anspruch auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gezahlt, so ist der gezahlte Betrag von der Leistung zugunsten dieses Trägers einzubehalten.

(4) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen gewährt worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats.

(5) Die Einbehaltung nach den Absätzen 1 bis 4 erfolgt nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, die für den die Einbehaltung vornehmenden Träger gelten.

Artikel 34

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch für einen Zeitraum vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach diesem Abkommen werden sämtliche Versicherungszeiten sowie gegebenenfalls auch alle Beschäftigungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Ein Leistungsanspruch nach diesem Abkommen wird auch für Ereignisse begründet, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens liegen, soweit Absatz 1 nicht etwas anderes bestimmt.

(4) Leistungen jeder Art, die nicht festgestellt worden sind oder geruht haben, werden auf Antrag der betreffenden Person nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt oder wieder gewährt, es sei denn, daß früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalabfindung abgegolten worden sind.

(5) Die Ansprüche von Personen, deren Rente vor Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden ist, können entweder auf Antrag der betreffenden Personen oder von Amts wegen unter Berücksichtigung des Abkommens neu festgestellt werden. Bei einer Neufeststellung von Amts wegen gilt unbeschadet des Artikels 28 Absatz 2 der Zeitpunkt, in dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 für die betreffende Person keine oder eine niedrigere Rente als die, die zuletzt für den Zeitraum vor Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlbetrags weiter zu gewähren.

(7) Wird der Antrag nach Absatz 4 oder 5 innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt, so werden die Ansprüche auf Grund des Abkommens mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an erworben, ohne daß der betreffenden Person Ausschlußfristen oder Verjährungsvorschriften beider Vertragsstaaten entgegengehalten werden können.

(8) Wird der Antrag nach Absatz 4 oder 5 erst nach Ablauf von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt, so werden nicht ausgeschlossene oder verjährte

indûment versées peuvent être retenues en faveur de cette institution sur les arrérages à verser pour une prestation analogue sous la législation de l'autre Etat contractant.

(2) En cas de cumul d'une indemnité de maladie versée selon la législation de l'un des Etats contractants et d'une pension d'invalidité-vieillesse versée en vertu de la législation de l'autre Etat contractant, les dispositions du paragraphe 1 sont appliquées.

(3) Lorsque l'institution d'un Etat contractant a versé une avance compte tenu du droit à une prestation en vertu de la législation de l'autre Etat contractant, la somme ainsi versée sera retenue sur cette prestation en faveur de cette institution.

(4) Lorsqu'une personne a droit, en vertu de la législation d'un Etat contractant, à une prestation en espèces pour une période pour laquelle un organisme d'assistance publique de l'autre Etat contractant a accordé à cette personne ou à ses ayants droit des prestations, cette prestation en espèces sera retenue à la demande et en faveur de l'organisme d'assistance subrogé comme si ce dernier était un organisme d'assistance ayant son siège sur le territoire du premier Etat contractant.

(5) Les retenues prévues aux paragraphes 1 à 4 s'effectuent conformément aux dispositions de la législation de l'Etat contractant applicables à l'institution qui opère ces retenues.

Article 34

(1) La présente Convention n'ouvre aucun droit pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur.

(2) Toute période d'assurance ainsi que, le cas échéant, toute période d'emploi accomplie sous la législation d'un Etat contractant avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention est prise en considération pour la détermination des droits ouverts conformément aux dispositions de la présente Convention.

(3) Sous réserve des dispositions du paragraphe 1, un droit est ouvert, en vertu de la présente Convention, même s'il se rapporte à une éventualité réalisée antérieurement à la date d'entrée en vigueur de cette Convention.

(4) Toute prestation qui n'a pas été liquidée ou qui a été suspendue est, à la demande de l'intéressé, liquidée ou rétablie à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, sous réserve que les droits antérieurement liquidés n'aient pas donné lieu à un règlement en capital.

(5) Les droits des intéressés qui ont obtenu, antérieurement à l'entrée en vigueur de la présente Convention, la liquidation d'une pension ou d'une rente peuvent être révisés soit à leur demande soit d'office, compte tenu des dispositions de cette Convention. En cas de révision d'office, la date à laquelle l'institution ouvre la procédure est considérée sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 de l'article 28, comme date d'introduction de la demande conformément à la législation de l'autre Etat contractant.

(6) Lorsqu'à la suite de la révision visée au paragraphe 5, l'intéressé n'aurait droit à aucune pension (rente) ou qu'à une pension (rente) inférieure à celle versée en dernier lieu avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, le montant de la pension (rente) à verser sera le même qu'auparavant.

(7) Si la demande visée au paragraphe 4 ou 5 est présentée dans un délai de deux ans à partir de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, les droits ouverts en vertu de cette Convention sont acquis à partir de cette date, sans que les dispositions de la législation des deux Etats contractants relatives à la déchéance ou à la prescription des droits puissent être opposables aux intéressés.

(8) Si la demande visée au paragraphe 4 ou 5 est présentée après l'expiration du délai de deux ans suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention, les droits qui ne sont pas

Ansprüche – vorbehaltlich etwaiger günstigerer Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats – vom Tag der Antragstellung an erworben.

Artikel 35

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 36

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Tunesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 37

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 38

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des vorübergehenden oder gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

(3) Die Anwartschaften in bezug auf Versicherungszeiten, die vor dem Wirksamwerden der Kündigung zurückgelegt wurden, erlöschen nicht infolge der Kündigung; ihr Fortbestehen wird durch Übereinkunft oder andernfalls durch die für den betreffenden Träger geltenden Rechtsvorschriften geregelt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Tunis am 16. April 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlauf verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

frappés de déchéance ou qui ne sont pas prescrits sont acquis à partir de la date de la demande, sous réserve de dispositions plus favorables de la législation d'un Etat contractant.

Article 35

Le Protocole final annexé fait partie de la présente Convention.

Article 36

La présente Convention s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Tunisienne dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 37

(1) La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Bonn aussi tôt que possible.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant le dernier jour du mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

Article 38

(1) La présente Convention est conclue pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant pourra la dénoncer à l'expiration d'une année civile sous réserve d'un préavis de trois mois.

(2) Lorsque la Convention cesse d'être en vigueur à la suite d'une dénonciation, ses dispositions continuent d'être applicables aux droits à prestation acquis antérieurement; aucune disposition limitative relative à la forclusion d'un droit ou à la suspension ou suppression d'une prestation du fait du séjour ou de la résidence à l'étranger ne portera atteinte à ces droits.

(3) Les droits en cours d'acquisition, relatifs aux périodes accomplies antérieurement à la date à laquelle la dénonciation prend effet, ne s'éteignent pas du fait de la dénonciation; leur maintien ultérieur est déterminé par voie d'accord ou, à défaut d'un tel accord, par la législation qu'applique l'institution en cause.

En foi de quoi, les plénipotentiaires, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Tunis, le 16 avril 1984, en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte arabe et du texte allemand, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Botschafter
Hans Kahle
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Für die Tunesische Republik
Pour la République Tunisienne
L'Ambassadeur Directeur des Affaires Consulaires
Elyès Castli
Le Ministre des Affaires Sociales
Mohamed Ennaceur

Schlußprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit

Protocole final à la Convention entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

   a) 1. Titel II Kapitel 3 des Abkommens gilt nicht für die Vertragsangestellten des tunesischen öffentlichen Dienstes.

      2. Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Altershilfe für Landwirte gilt Titel II Kapitel 3 des Abkommens nicht.

   b) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung des Abkommens die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

   c) Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens und Buchstabe b dieser Nummer finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Übereinkünften oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten. Aus dieser Bestimmung ergibt sich für die Tunesische Republik keine Verpflichtung, aus Versicherungszeiten, die aufgrund einer Versicherungslastregelung in die deutsche Versicherungslast fallen, Leistungen zu erbringen.

   d) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus Übereinkommen, die von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen worden und für einen oder beide Vertragsstaaten in Kraft getreten sind.

En signant la Convention relative à la Sécurité Sociale conclue ce jour entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne, les plénipotentiaires des deux Etats contractants déclarent qu'ils sont convenus de ce qui suit:

1. Article 2 de la Convention

   a) 1. Le chapitre 3 du Titre II de la Convention ne s'applique pas aux agents contractuels relevant du secteur public tunisien.

      2. Le chapitre 3 du Titre II de la Convention ne s'applique pas à l'assurance complémentaire des travailleurs de la sidérurgie et à l'aide aux vieux agriculteurs telles qu'elles existent en République fédérale d'Allemagne.

   b) Si sous la législation de l'un des Etats contractants, outre les conditions pour l'application des dispositions de la présente Convention, sont également remplies les conditions pour l'application d'une autre convention ou d'une réglementation supranationale, l'institution de cet Etat contractant ne prend pas en considération pour l'application des dispositions de la présente Convention l'autre convention ou réglementation supranationale.

   c) Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 2 de la Convention et celles de la lettre (b) ci-dessus ne sont pas applicables dans la mesure où la législation relative à la Sécurité Sociale, résultant pour la République fédérale d'Allemagne d'accords internationaux ou de la législation supranationale ou prévue pour l'application de ceux-ci contient des dispositions régissant la répartition des charges d'assurance. Cette disposition ne peut entraîner aucune obligation pour la République Tunisienne de servir des prestations au titre de périodes d'assurance prises en considération par l'assurance allemande en raison d'une disposition régissant la répartition des charges d'assurance.

   d) La présente Convention ne porte pas atteinte aux obligations découlant des conventions adoptées par la Conférence Internationale du Travail et entrées en vigueur dans l'un ou l'autre, ou les deux Etats contractants.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

   a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Übereinkünften zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten gelten nicht für tunesische Staatsangehörige.

   b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

   c) Bei Personen, die sich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, gilt Artikel 4 nicht für die freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

   a) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus

   Unfällen (Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war,

   Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind,

   bleiben unberührt.

   b) Die deutschen Rechtsvorschriften über die Gewährung von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Maßnahmen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.

4. Zu Artikel 10 des Abkommens:

   Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

5. Zu Artikel 12 des Abkommens:

   a) Bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften gilt Absatz 1 nicht für das Zusammentreffen einer Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung mit einer Rente nach den tunesischen Rechtsvorschriften über die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

   b) Die Gleichstellung gilt nicht für die Beitragserstattung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

6. Zu Artikel 13 des Abkommens:

   Artikel 13 gilt entsprechend für Leistungen, deren Gewährung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

7. Zu Artikel 16 des Abkommens:

   Sind nach Absatz 4 die deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner anzuwenden, so ist der Träger der Krankenversicherung zuständig, dem der Versicherte zuletzt angehört hat. Wäre danach eine Allgemeine Ortskrankenkasse, eine landwirtschaftliche Krankenkasse oder kein Träger zuständig, so gehört die Person der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bonn an.

8. Zu Artikel 17 des Abkommens:

   Wirkt sich nach den deutschen Rechtsvorschriften der Bezug einer Rente aus der Rentenversicherung auf die Höhe des Leistungsanspruchs aus der Unfallversicherung

2. Article 4 de la Convention

   a) Les dispositions des accords internationaux conclus par la République fédérale d'Allemagne avec d'autres Etats en matière de répartition des charges d'assurance ne sont pas applicables aux ressortissants tunisiens.

   b) La législation d'un Etat contractant qui garantit la participation des assurés et des employeurs dans les organes d'administration autonome des institutions et des fédérations d'institutions ainsi que dans la juridiction en matière de Sécurité Sociale n'est pas affectée.

   c) Les dispositions de l'Article 4 ne s'appliquent pas à l'assurance volontaire dans le cadre de l'assurance invalidité-vieillesse allemande lorsqu'il s'agit de personnes qui résident ou séjournent en dehors du territoire de la République fédérale d'Allemagne.

3. Article 5 de la Convention

   a) La législation allemande concernant les prestations au titre

   d'accidents survenus (maladies professionnelles contractées) à un moment où la victime n'était pas assurée sous la législation fédérale,

   de périodes d'assurance qui n'ont pas été accomplies sous la législation fédérale

   n'est pas affectée.

   b) La législation allemande concernant les mesures médicales, professionnelles et complémentaires en matière de réadaptation adoptées par les organismes de l'assurance invalidité-vieillesse n'est pas affectée.

4. Article 10 de la Convention

   Le délai fixé au paragraphe 2 de cet article prend cours, pour les personnes occupées à la date d'entrée en vigueur de la Convention, à partir de cette date.

5. Article 12 de la Convention

   a) En application de la législation allemande, les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas au cumul d'une pension invalidité-vieillesse au titre de la législation allemande régissant l'assurance invalidité-vieillesse avec une rente au titre de la législation tunisienne régissant l'assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles.

   b) L'assimilation ne s'applique pas au remboursement de cotisations en matière d'assurance invalidité-vieillesse légale.

6. Article 13 de la Convention

   Les dispositions de l'article 13 sont applicables par analogie aux prestations dont l'octroi conformément à la législation allemande est laissé à l'appréciation d'une institution.

7. Article 16 de la Convention

   S'il y a lieu d'appliquer, en vertu du paragraphe 4 de cet article, la législation allemande en matière d'assurance maladie des bénéficiaires de pensions, l'institution d'assurance maladie compétente est celle à laquelle l'assuré a été affilié en dernier lieu. Si l'institution compétente était une caisse générale locale de maladie ou une caisse agricole de maladie ou qu'aucune institution n'était compétente, la personne sera affiliée à la Caisse générale locale de maladie (Allgemeine Ortskrankenkasse) à Bonn.

8. Article 17 de la Convention

   Si en vertu de la législation allemande le bénéfice d'une pension au titre de l'assurance invalidité-vieillesse porte ses effets sur le montant du droit à prestation au titre de

aus, so kommt dieselbe Wirkung dem Bezug einer gleichartigen Rente nach den tunesischen Rechtsvorschriften zu.

9. Zu Artikel 23 des Abkommens:

Für die Gewährung des Leistungszuschlags nach den deutschen Rechtsvorschriften über die knappschaftliche Rentenversicherung bleiben die nach den tunesischen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Versicherungszeiten unberücksichtigt.

Geschehen zu Tunis am 16. April 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

l'assurance accident, le même effet se produira en ce qui concerne le bénéfice d'une pension de même nature sous la législation tunisienne.

9. Article 23 de la Convention

Pour l'octroi du supplément de prestation sous la législation allemande concernant l'assurance invalidité-vieillesse des travailleurs des mines, les périodes d'assurance à prendre en compte au titre de la législation tunisienne ne sont pas prises en considération.

Fait à Tunis, le 16 avril 1984, en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte arabe et du texte allemand, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Botschafter
Hans Kahle
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Für die Tunesische Republik
Pour la République Tunisienne
L'Ambassadeur Directeur des Affaires Consulaires
Elyès Castli
Le Ministre des Affaires Sociales
Mohamed Ennaceur

Zusatzprotokoll zu dem Abkommen vom 16. April 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit

Protocole additionnel à la Convention du 16 avril 1984 entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tunesische Republik –

in dem Wunsch, bei der Durchführung des Abkommens über Soziale Sicherheit die gegenseitige Gewährung von Rechtshilfe sowie die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sicherzustellen –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die mit der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens bezeichneten Rechtsvorschriften und des Abkommens über Soziale Sicherheit betrauten Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist kostenlos.

Artikel 2

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge oder sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat, nachdem sie, soweit es die Rechtsvorschriften des Vollstrekkungsstaats erfordern, dort für vollstreckbar erklärt worden sind, anerkannt und vollstreckt.

(2) Die Anerkennung und Vollstreckung dürfen nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats widersprechen, in dem die Entscheidung oder die Urkunde vollstreckt werden soll.

(3) Das Verfahren und die Wirkungen der Vollstreckbarerklärung richten sich nach den Rechtsvorschriften des Vollstreckungsstaats. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Vollstreckungsklausel versehen sein.

Artikel 3

Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder die Anwendung des Abkommens und dieses Zusatzprotokolls werden auf diplomatischem Weg und gegebenenfalls durch eine gemeinsame Ad-hoc-Kommission geregelt.

Artikel 4

Dieses Zusatzprotokoll gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Tunesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Zusatzprotokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt.

La République Tunisienne

et

la République fédérale d'Allemagne,

désireuses d'assurer, lors de l'application de la Convention sur la Sécurité Sociale, l'entraide judiciaire ainsi que le règlement des différends entre les deux Etats contractants relatifs à l'interprétation ou l'application de la Convention,

sont convenues des dispositions suivantes:

Article 1er

Les tribunaux des Etats contractants chargés de l'application des législations visées au paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention et des dispositions de la Convention sur la Sécurité Sociale se prêteront leurs bons offices comme s'il s'agissait de l'application de leur propre législation. L'entraide est gratuite à moins qu'il ne s'agisse de dépenses en espèces.

Article 2

(1) Les décisions exécutoires des juridictions et les actes exécutoires des institutions ou autorités d'un Etat contractant concernant les cotisations ou d'autres créances au titre des assurances sociales seront reconnus et exécutés dans l'autre Etat contractant après y avoir été rendus exécutoires, dans la mesure où la législation de l'Etat d'exécution l'exige.

(2) La reconnaissance et l'exécution ne peuvent être refusées que lorsqu'elles sont contraires à l'ordre public de l'Etat contractant dans lequel la décision ou l'acte doit être exécuté.

(3) La procédure d'exéquatur ainsi que ses effets seront régis par la législation de l'Etat d'exécution. L'expédition de la décision ou de l'acte doit être revêtue de la formule exécutoire.

Article 3

Les différends entre les deux Etats contractants au sujet de l'interprétation ou de l'application de la Convention et du présent Protocole additionnel seront réglés par la voie diplomatique et en cas de besoin par une Commission mixte ad hoc.

Article 4

Le présent Protocole additionnel s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Tunisienne dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Protocole additionnel.

Artikel 5

(1) Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Zusatzprotokoll ist Bestandteil des Abkommens; es tritt an demselben Tag wie das Abkommen in Kraft.

Geschehen zu Tunis am 16. April 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Article 5

(1) Le présent Protocole additionnel sera soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Bonn aussi tôt que possible.

(2) Le présent Protocole additionnel fait partie de la Convention. Il entrera en vigueur le même jour que la Convention.

Fait à Tunis, le 16 avril 1984, en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte arabe et du texte allemand, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Botschafter
Hans Kahle
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Für die Tunesische Republik
Pour la République Tunisienne
L'Ambassadeur Directeur des Affaires Consulaires
Elyès Castli
Le Ministre des Affaires Sociales
Mohamed Ennaceur

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 16. April 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit

Arrangement relatif aux modalités d'application de la Convention du 16 avril 1984 entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tunesischen Republik –

in Anwendung des Artikels 30 Absatz 1 des Abkommens vom 16. April 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Abkommen" bezeichnet –

haben folgendes vereinbart:

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In den folgenden Bestimmungen werden die im Abkommen angeführten Ausdrücke in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Den nach Artikel 30 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den nach Artikel 15 Absatz 2 dieser Vereinbarung zuständigen Trägern obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

(1) Die nach Artikel 30 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die nach Artikel 15 Absatz 2 dieser Vereinbarung zuständigen Träger vereinbaren unter Beteiligung der zuständigen Behörden jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich Näheres zur Anwendung von Verwaltungs- und finanziellen Maßnahmen, die zur Durchführung des Abkommens notwendig und zweckmäßig sind. Artikel 30 Absatz 1 des Abkommens bleibt unberührt.

(2) Die nach Artikel 30 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die nach Artikel 15 Absatz 2 dieser Vereinbarung zuständigen Träger vereinbaren, in welchen Sprachen die Vordrucke, die bei der Durchführung des Abkommens und dieser Vereinbarung verwendet werden, zu erstellen und in welcher Sprache sie auszufüllen sind.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 25 Absatz 1 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der

Le Gouvernement de la République Tunisienne

et

le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

en application du paragraphe 1 de l'article 30 de la Convention du 16 avril 1984 entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale, désignée ci-après «Convention»,

sont convenus de ce qui suit:

Titre I

Dispositions générales

Article 1er

Dans les dispositions suivantes, les termes définis dans la Convention seront utilisés au sens qui leur y est attribué.

Article 2

L'information générale des personnes concernées sur les droits et obligations découlant de la Convention est confiée dans le cadre de leur compétence aux organismes de liaison institués en vertu du paragraphe 2 de l'article 30 de la Convention et aux institutions compétentes en vertu du paragraphe 2 de l'article 15 du présent Arrangement.

Article 3

(1) Les organismes de liaison institués en vertu du paragraphe 2 de l'article 30 de la Convention et les institutions compétentes en vertu du paragraphe 2 de l'article 15 du présent Arrangement conviennent dans le cadre de leur compétence et après consultation des autorités compétentes des modalités d'application des mesures administratives et financières nécessaires et utiles en vue de l'application de la Convention. Le paragraphe 1 de l'article 30 de la Convention ne sera pas affecté.

(2) Les organismes de liaison institués en vertu du paragraphe 2 de l'article 30 de la Convention et les institutions compétentes en vertu du paragraphe 2 de l'article 15 du présent Arrangement conviennent des langues dans lesquelles les formulaires utilisés lors de l'application de la Convention et du présent Arrangement doivent être rédigés et remplis.

Article 4

(1) Les institutions et autorités visées au paragraphe 1 de l'article 25 de la Convention sont tenues de communiquer dans le cadre de leur compétence les unes aux autres et aux personnes intéressées les faits et pièces justificatives néces-

Rechte und Pflichten der Beteiligten erforderlich sind, welche nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften aufgrund des Abkommens und dieser Vereinbarung bestehen.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in bezug auf entsprechende Tatsachen, die im anderen Vertragsstaat oder nach dessen Recht gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Artikel 5

(1) In den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, der betreffenden Person auf Antrag eine Bescheinigung darüber, daß sie diesen Rechtsvorschriften untersteht.

(2) In der Bundesrepublik Deutschland stellt der Träger der Krankenversicherung diese Bescheinigung auch für die übrigen Versicherungszweige aus. Unterliegt eine Person nur der Unfallversicherung, so wird die Bescheinigung vom zuständigen Träger der Unfallversicherung ausgestellt.

(3) In der Tunesischen Republik stellt die Nationalversicherungsanstalt (Caisse Nationale de Sécurité Sociale – C.N.S.S.), Tunis, die Bescheinigung aus.

Artikel 6

(1) Geldleistungen, die der Träger eines Vertragsstaats einer Person zu erbringen hat, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, werden in der Währung des ersten Vertragsstaats geschuldet.

(2) Die Geldleistungen eines deutschen Trägers werden mit befreiender Wirkung an die sich im Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik aufhaltenden Personen erbracht, indem sie in Deutscher Mark an einen zugelassenen tunesischen Vermittler (Intermédiaire Agréé Tunisien) transferiert werden, der den Gegenwert in tunesischen Dinar an die Berechtigten weiterleitet. Für die Umrechnung der Deutschen Mark in Dinar ist der von der tunesischen Zentralbank (Banque Centrale de Tunisie) festgesetzte amtliche Tageskurs maßgebend.

(3) Die Geldleistungen eines tunesischen Trägers werden mit befreiender Wirkung an die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhaltenden Personen erbracht, indem der Gegenwert der tunesischen Dinar-Beträge von einem tunesischen zugelassenen Vermittler in Deutscher Mark an eine entsprechende Stelle in der Bundesrepublik Deutschland angewiesen wird, die ihn dem Berechtigten gutschreibt. Für die Umrechnung des Dinar in Deutsche Mark ist der von der tunesischen Zentralbank festgesetzte amtliche Tageskurs maßgebend.

(4) Hat ein Träger eines Vertragsstaats Zahlungen an einen Träger des anderen Vertragsstaats vorzunehmen, so werden sie in der Währung des Trägers des letztgenannten Vertragsstaats ausgedrückt.

(5) Hat der Träger eines Vertragsstaats im Fall des Artikels 31 des Abkommens und des Artikels 2 des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen Zahlungen vorzunehmen, so gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

(6) Geldleistungen werden an Empfänger im anderen Vertragsstaat ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieses Vertragsstaats ausgezahlt.

Artikel 7

Werden personenbezogene Daten oder Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse aufgrund des Abkommens oder dieser

saires à la sauvegarde des droits et obligations des personnes intéressées, conformément à la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention, en vertu de la Convention et du présent Arrangement.

(2) Lorsque, conformément à la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention, à la Convention ou au présent Arrangement, une personne a l'obligation d'informer l'institution ou un autre organisme de certains faits, cette obligation s'applique également à des faits analogues issus de l'autre Etat contractant ou de la législation de celui-ci. Ceci vaut également, lorsqu'une personne est tenue de présenter certaines pièces justificatives.

Article 5

(1) Dans les cas visés aux articles 7 et 11 de la Convention, l'institution compétente de l'Etat contractant dont la législation est applicable délivre à la personne intéressée sur demande une attestation confirmant que cette personne est soumise à cette législation.

(2) En République fédérale d'Allemagne, l'institution de l'assurance maladie délivre cette attestation également pour les autres branches d'assurance. Lorsqu'une personne est seulement soumise à l'assurance accident, l'attestation est délivrée par l'institution compétente de l'assurance accident.

(3) En République Tunisienne cette attestation sera délivrée par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale à Tunis.

Article 6

(1) Les prestations en espèces à verser par l'institution d'un Etat contractant à une personne séjournant ou résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant sont dues dans la monnaie du premier Etat contractant.

(2) Les prestations dues par une institution allemande seront versées avec effet libératoire aux personnes séjournant ou résidant sur le territoire de la République Tunisienne, les montants sont transférés en Deutsch Mark à un Intermédiaire Agréé Tunisien qui en versera la contrevaleur en Dinar Tunisien aux bénéficiaires. Le cours de change officiel, valable pour la conversion du Deutsch Mark en Dinar, est celui fixé par la Banque Centrale de Tunisie le jour du règlement.

(3) Les prestations en espèces dues par une institution tunisienne seront versées avec effet libératoire aux personnes séjournant ou résidant sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, la contrevaleur des montants en Dinar Tunisien étant versée par un Intermédiaire Agréé Tunisien en Deutsch Mark à un correspondant en Allemagne fédérale qui en créditera les bénéficiaires. Le cours de change officiel valable pour la conversion du Dinar en Deutsch Mark est celui fixé par la Banque Centrale de Tunisie le jour du règlement.

(4) Les montants à verser par l'institution d'un Etat contractant à l'institution de l'autre Etat contractant seront exprimés dans la monnaie de l'institution du dernier Etat.

(5) Les dispositions des paragraphes 1 à 3 seront appliquées par analogie aux montants à verser par l'institution d'un Etat contractant dans les cas visés à l'article 31 de la Convention et à l'article 2 du Protocole additionnel à cette Convention.

(6) Les prestations en espèces seront versées à des bénéficiaires dans l'autre Etat contractant sans intervention d'un organisme de liaison de cet Etat contractant.

Article 7

Lorsque des données personnelles ou des secrets d'exploitation ou d'affaires sont communiqués par un Etat contractant

Vereinbarung von einem Vertragsstaat in den anderen weitergegeben, so gilt sowohl für die Weitergabe als auch für die Verwendung das jeweilige innerstaatliche Recht über den Schutz von personenbezogenen Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Artikel 8

Bei Anwendung des Artikels 28 des Abkommens sind Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

Titel II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 9

Für die Inanspruchnahme von Sachleistungen nach den Artikeln 14 und 15 des Abkommens ist die Übergabe einer Bescheinigung des zuständigen Trägers über das Bestehen des Anspruchs erforderlich.

Artikel 10

Für den Bezug von Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, legt die betreffende Person unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von fünf Tagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, dem Träger des Wohn- oder Aufenthaltsorts eine Bescheinigung über ihre Arbeitsunfähigkeit vor. Der Träger des Wohn- oder Aufenthaltsorts überprüft und bestätigt die Arbeitsunfähigkeit der Person so bald wie möglich in gleicher Weise wie bei seinen eigenen Versicherten und teilt das Ergebnis spätestens binnen zwei Wochen nach Vorlage der Bescheinigung dem zuständigen Träger mit.

Artikel 11

(1) Für die Versicherungspflicht und das Recht auf freiwillige Versicherung in der deutschen Krankenversicherung sind die nach den tunesischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, soweit sie nicht mit nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zusammenfallen.

(2) Ist für die Versicherungspflicht nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung auf die Verheiratung mit einem Mitglied der deutschen Krankenversicherung abzustellen, so steht die Verheiratung mit einem Mitglied der tunesischen Krankenversicherung gleich.

Artikel 12

Bei Anwendung des Titels II Kapitel 1 des Abkommens gilt folgendes:

1. Der Entbindungspauschbetrag nach den deutschen Rechtsvorschriften und die entsprechende Leistung (ärztliche Leistung) nach den tunesischen Rechtsvorschriften sind Sachleistungen.
2. Ärztlichen Untersuchungen, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats für die Gewährung der unter Nummer 1 bezeichneten Leistungen erforderlich sind, stehen entsprechende Untersuchungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gleich.

à l'autre, en vertu de la Convention ou du présent Arrangement, la législation nationale respective régissant la protection des données personnelles ainsi que des secrets d'exploitation ou d'affaires s'applique aussi bien à la communication qu'à l'utilisation.

Article 8

En application des dispositions de l'article 28 de la Convention, les demandes, déclarations et recours sont à communiquer immédiatement par l'organisme de l'Etat contractant où ils ont été introduits à l'organisme compétent de l'autre Etat contractant.

Titre II

Dispositions particulières

Chapitre 1

Assurance maladie

Article 9

Pour bénéficier des prestations en nature conformément aux articles 14 et 15 de la Convention, il est nécessaire de remettre un certificat de l'institution compétente relatif au droit aux prestations.

Article 10

Toute personne désireuse de bénéficier de prestations en espèces en cas de séjour ou de résidence sur le territoire de l'Etat contractant où l'institution compétente n'a pas son siège, présentera immédiatement et en tout cas dans les cinq jours qui suivent la réalisation de l'incapacité de travail, à l'institution du lieu de séjour ou de résidence, une attestation relative à l'incapacité du travail. Aussi tôt que possible l'institution du lieu de résidence ou de séjour vérifie et confirme l'incapacité du travail de la personne comme s'il s'agissait d'un de ses propres assurés et communique le résultat au plus tard dans les 15 jours à compter de la présentation du certificat à l'institution compétente.

Article 11

(1) Pour l'assujettissement à l'assurance obligatoire et pour l'affiliation à l'assurance volontaire dans l'assurance maladie allemande, il est à prendre en considération les périodes d'assurance accomplies conformément à la législation tunisienne pour autant qu'elles ne se superposent pas aux périodes d'assurance accomplies conformément à la législation allemande.

(2) Lorsque l'assujettissement à l'assurance obligatoire selon la législation allemande régissant l'assurance maladie résulte du mariage avec une personne assujettie à l'assurance maladie allemande, est assimilé à ce mariage celui avec une personne assujettie à l'assurance maladie tunisienne.

Article 12

Lors de l'application du chapitre 1 du titre II de la Convention, les dispositions suivantes sont applicables:

1. Le forfait d'accouchement accordé au titre de la législation allemande et la prestation correspondante (soins médicaux) accordée au titre de la législation tunisienne sont des prestations en nature.
2. Les exames médicaux requis par la législation d'un Etat contractant pour l'octroi des prestations visées au n° 1 ci-dessus, sont assimilés à des examens analogues prévus par la législation de l'autre Etat contractant.

Artikel 13

Bei Anwendung des Artikels 16 Absatz 4 des Abkommens gilt folgendes:

1. Hält sich ein Bezieher einer Rente aus der deutschen Rentenversicherung gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik auf, so werden Beiträge, die er aufgrund der Versicherungspflicht in der deutschen Krankenversicherung der Rentner zu zahlen hat, durch den zuständigen deutschen Träger der Rentenversicherung von der Rente zugunsten des zuständigen deutschen Trägers der Krankenversicherung einbehalten.
2. Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, wonach der Rentenantragsteller die Beiträge zu der aufgrund des Rentenantrags bestehenden Pflichtversicherung bis zum Beginn der Rente zunächst selbst zu zahlen hat, sind auf die in Artikel 16 Absatz 4 des Abkommens genannten Personen nicht anzuwenden. Während der zwischen dem Rentenantrag und der Erteilung des Rentenbescheides liegenden Zeit werden aufgrund der Rentenantragstellung Leistungen nicht gewährt: Sterbegeld und Mutterschaftsgeld werden gewährt, nachdem dem Rentenantrag entsprochen worden ist. Wird dem Antrag entsprochen, so erstattet der Träger des Aufenthaltsorts dem Rentner die Kosten, die er für die Zeit zwischen dem Rentenantrag und der Erteilung des Rentenbescheides für Sachleistungen gezahlt hat, unter den Voraussetzungen und in dem Umfang, in dem die Sachleistungen nach den Artikeln 14 und 15 des Abkommens zu erbringen wären; Artikel 15 Absätze 5 und 6 des Abkommens gilt entsprechend.

Article 13

Lors de l'application du paragraphe 4 de l'article 16 de la Convention, les dispositions suivantes sont applicables:

1. Lorsque le bénéficiaire d'une pension invalidité-vieillesse allemande réside sur le territoire de la République Tunisienne, les cotisations à verser en raison de l'assujettissement au régime d'assurance maladie allemand pour ces bénéficiaires seront retenues sur la pension par l'institution compétente allemande de l'assurance invalidité-vieillesse en faveur de l'institution allemande de l'assurance maladie.
2. La législation d'un Etat contractant prévoyant que le postulant à pension doit d'abord payer lui-même jusqu'au moment de l'octroi de la pension les cotisations à l'assurance obligatoire à laquelle il est soumis en raison de l'introduction de la demande à pension ne s'applique pas aux personnes visées au paragraphe 4 de l'article 16 de la Convention. Des prestations ne sont pas accordées en raison de l'introduction de la demande à pension pendant la période entre l'introduction de la demande et le moment où est donné l'avis de pension. L'allocation décès et l'allocation de maternité seront accordées lorsqu'il aura été donné suite à la demande à pension. Lorsqu'il aura été donné suite à la demande à pension, l'institution du lieu de séjour remboursera au bénéficiaire de la pension les frais encourus pour les prestations en nature pendant la période entre l'introduction de la demande et le moment où est donné l'avis de pension, dans les mêmes conditions et dans les mêmes proportions que pour les prestations en nature à accorder conformément aux dispositions des articles 14 et 15 de la Convention; les dispositions des paragraphes 5 et 6 de l'article 15 de la Convention s'appliquent par analogie.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 14

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird bei dem zuständigen Träger erstattet. Er unterrichtet davon unverzüglich den Träger des Aufenthaltsorts. Die Anzeige kann auch bei diesem erstattet werden. Er übersendet die Anzeige unverzüglich dem zuständigen Träger.

(3) Artikel 10 gilt entsprechend.

Chapitre 2

Assurance accident

Article 14

(1) A la déclaration de l'accident du travail (maladie professionnelle) s'applique la législation de l'Etat contractant dont relève l'assurance.

(2) La déclaration sera faite auprès de l'institution compétente. Celle-ci en informera sans délai l'institution du lieu de séjour. La déclaration peut être adressée également à la dernière. Celle-ci la transmettra sans délai à l'institution compétente.

(3) Les dispositions de l'article 10 du présent Arrangement s'appliquent par analogie.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 15

(1) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für die Feststellung und Gewährung der Leistungen mit Ausnahme der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation zuständig, wenn

a) Versicherungszeiten nach den deutschen und tunesischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind,
b) der Berechtigte sich in der Tunesischen Republik gewöhnlich aufhält oder
c) der Berechtigte sich als tunesischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Chapitre 3

Assurance invalidité-vieillesse et survie

Article 15

(1) Dans la mesure où cela n'est pas déjà prévu par la législation allemande, la liquidation et le service des prestations, à l'exception des prestations médicales, professionnelles et complémentaires en matière de réadaptation, incombe, dans le cadre de l'assurance invalidité-vieillesse des ouvriers, à l'organisme de liaison institué à cet effet,

a) si des périodes d'assurance selon les législations allemande et tunisienne ont été accomplies ou sont à prendre en considération, ou
b) si le bénéficiaire réside sur le territoire de la République Tunisienne, ou
c) si le bénéficiaire réside en tant que ressortissant tunisien en dehors des Etats contractants.

(2) Die Zuständigkeit der deutschen Sonderanstalten bleibt unberührt.

Artikel 16

Bei Anwendung des Artikels 23 Nummer 2 des Abkommens gilt folgendes:

1. Die nach den tunesischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten bleiben auch bei der Mindestzahl von Versicherungsjahren als Voraussetzung für die Berechnung der Rente nach Mindesteinkommen nach den deutschen Rechtsvorschriften unberücksichtigt.

2. Bei der Feststellung der Voraussetzungen für die Anwendung der deutschen übergangsrechtlichen Rechtsvorschriften über die Berechnung der Rente, wenn der Versicherte für eine versicherungspflichtige Beschäftigung neben Barbezügen Sachbezüge erhalten hat, bleiben entsprechende Beschäftigungen nach den tunesischen Rechtsvorschriften unberücksichtigt.

Artikel 17

Die in Artikel 27 Absatz 1 des Abkommens genannten Stellen eines Vertragsstaats dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefaßt sind.

Artikel 18

Geldbeträge aufgrund des Abkommens und dieser Vereinbarung, mit Ausnahme der in Artikel 19 genannten Beträge, können ohne devisenrechtliche Beschränkungen aus dem Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats überwiesen werden.

Artikel 19

Deutsche Staatsangehörige können bei vorübergehendem oder gewöhnlichem Aufenthalt in Tunesien Beiträge an einen deutschen Träger entsprechend den deutschen Rechtsvorschriften über die Pflichtversicherung und die freiwillige Versicherung unter Berücksichtigung der in Tunesien geltenden devisenrechtlichen Vorschriften überweisen.

Artikel 20

Die in Artikel 30 Absatz 2 des Abkommens und in Artikel 15 dieser Vereinbarung bezeichneten Träger erstellen jährlich zum 31. Dezember Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrekken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Titel III

Schlußbestimmungen

Artikel 21

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Tunesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

(2) La compétence des institutions spéciales allemandes n'est pas affectée.

Article 16

Lors de l'application du n° 2 de l'article 23 de la Convention, les dispositions suivantes sont applicables:

1. Les périodes d'assurance accomplies sous la législation tunisienne ne seront pas prises en considération pour le calcul du nombre minimum d'années d'assurance requises pour le calcul de la pension invalidité-vieillesse accordée sur la base d'un revenu minimum d'après la législation allemande.

2. Lorsque l'assuré a touché en plus d'une rémunération en espèces une rémunération en nature au titre d'un emploi soumis à l'assurance obligatoire, de tels emplois ne seront pas pris en considération conformément à la législation tunisienne, lors de la détermination des conditions pour l'application de la législation allemande transitoire relative au calcul de la pension.

Article 17

Les organismes d'un Etat contractant visés au paragraphe 1 de l'article 27 de la Convention ne peuvent refuser des requêtes et des pièces pour la seule raison qu'elles sont rédigées dans la langue officielle de l'autre Etat contractant.

Article 18

Des paiements au titre de la Convention et du présent Arrangement, à l'exception des paiements visés à l'article 19, peuvent être transférés sans restrictions imposées par le régime des changes du territoire de l'un des Etats contractants vers le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 19

Des ressortissants allemands peuvent, en cas de séjour ou de résidence en Tunisie, transférer des cotisations à une institution allemande, conformément à la législation allemande régissant l'assujettissement à l'assurance et l'assurance facultative, compte tenu de la réglementation de change applicable en Tunisie.

Article 20

Les institutions visées au paragraphe 2 de l'article 30 de la Convention et à l'article 15 du présent Arrangement, établiront une fois par an, au 31 décembre, des statistiques relatives aux paiements effectués vers l'autre Etat contractant. Les données doivent, dans la mesure du possible, porter sur le nombre et le montant global des pensions et paiements forfaitaires décomposés d'après les différentes catégories de pensions. Les statistiques seront échangées.

Titre III

Dispositions finales

Article 21

Le présent Arrangement s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Tunisienne dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Arrangement.

Artikel 22

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald beide Regierungen einander notifiziert haben, daß die nach innerstaatlichem Recht für ihr Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Sie ist von dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden.

Article 22

Le présent Arrangement entrera en vigueur dès qu'il y a eu notification des deux Gouvernements que les conditions nécessaires à l'entrée en vigueur conformément à la législation nationale sont remplies. Il sera appliqué à partir du jour d'entrée en vigueur de la Convention.

Geschehen zu Tunis am 16. April 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Fait à Tunis, le 16 avril 1984, en double exemplaire en langues arabe, allemande et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte arabe et du texte allemand, le texte français prévaudra.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Botschafter
Hans Kahle
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Für die Regierung der Tunesischen Republik
Pour la République Tunisienne
L'Ambassadeur Directeur des Affaires Consulaires
Elyès Castli
Le Ministre des Affaires Sociales
Mohamed Ennaceur

Denkschrift zum Abkommen

Das Abkommen regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens.

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. Nach Artikel 2 Abs. 2 gehören zu diesen Rechtsvorschriften nicht die Vorschriften aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht, die für einen der Vertragsstaaten gelten. In Nummer 1 Buchstabe b des Schlußprotokolls ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben.

Artikel 2 umfaßt auch die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die in Nummer 1 Buchstabe a Nummer 2 des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Altershilfe für Landwirte nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Auf Grund der Bestimmung des Buchstabens c haben – abgesehen von innerstaatlichen deutschen Sondervorschriften – insbesondere tunesische Staatsangehörige bei gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland kein Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Leistungen auch erbracht werden können, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaats gewöhnlich aufhält. Artikel 14 und 15 sowie Nummer 3 des Schlußprotokolls enthalten ergänzende Regelungen.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und tunesischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Nach Artikel 6 richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Artikel 7 bis 10 regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die auf Grund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und läßt eine abweichende Bestimmung zu.

Nach Artikel 12, der durch Nummer 5 des Schlußprotokolls ergänzt wird, sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des anderen Staates denen im Bereich des eigenen Staates gleichgestellt. Mit der Regelung werden in bestimmtem Umfang Besserstellungen des Berechtigten vermieden, die sich aus dem Versicherungsablauf innerhalb der Systeme beider Staaten ergeben.

Auf Grund der Nummer 5 Buchstabe b des Schlußprotokolls können sich bei gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland tunesische Staatsangehörige mangels eines Rechts zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung (vgl. Nummer 2 Buchstabe c des Schlußprotokolls) ihre eigenen Beiträge auch dann nach den deutschen Rechtsvorschriften erstatten lassen, wenn sie in der tunesischen Rentenversicherung versicherungspflichtig sind.

Die Artikel 13 bis 16 sowie die Nummern 6 und 7 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung.

Artikel 14 bestimmt, daß die nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung eines Vertragsstaates versicherten Personen unter näher festgelegten Voraussetzungen bei – z. B. vorübergehendem – Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen erhalten können.

Nach Artikel 15 werden die Sachleistungen für Personen mit Aufenthalt im anderen Vertragsstaat nach dessen Rechtsvorschriften von der dortigen Krankenversicherung erbracht; die Kosten werden von der Krankenversicherung der Person im Herkunftsstaat erstattet.

Artikel 16 bestimmt für Rentner, welcher Krankenversicherung – der deutschen oder der tunesischen – sie zuzuordnen sind.

Die Artikel 17 bis 21 und Nummer 8 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 20, daß Personen, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den

Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates haben, diese auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat erhalten. Die Sachleistungen werden nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaats von den dortigen Versicherungsträgern erbracht; die Kosten werden von der Versicherung der betreffenden Person im Herkunftsstaat erstattet (Artikel 21).

Die Artikel 22 bis 24 und Nummer 9 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 22 bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und tunesischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 23 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 24 nähere Regelungen für die Anwendung der tunesischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 25 bis 33 enthalten die üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 34 bis 38 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Denkschrift zum Zusatzprotokoll

Das Zusatzprotokoll enthält ergänzend zum Abkommen in den Artikeln 1 bis 3 Bestimmungen über die Rechtshilfe zwischen den beiden Vertragsstaaten, die Vollstreckung von Forderungen der Versicherungsträger und Behörden im anderen Vertragsstaat sowie eine Schiedsklausel.

Die Artikel 4 und 5 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.

Denkschrift zur Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens

Die Durchführungsvereinbarung enthält das Abkommen ergänzende und die zu seiner Anwendung erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen vor allem Anzeige- und Mitteilungspflichten der betreffenden Personen sowie der Versicherungsträger beider Staaten, das Ausstellen und die Verwendung von Bescheinigungen sowie Einzelheiten bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

Insbesondere werden nach Artikel 3 Abs. 1 die Verbindungsstellen und einzelne Träger der Rentenversicherung ermächtigt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen.

Artikel 4 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Die Artikel 9 bis 13 enthalten Bestimmungen für die Krankenversicherung.

Artikel 9 bestimmt, daß bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen im anderen Vertragsstaat der Versicherte eine Bescheinigung seiner Krankenversicherung vorzulegen hat.

Artikel 10 regelt die Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit, wenn Geldleistungen (Krankengeld) bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat in Anspruch genommen werden.

Artikel 11 legt u. a. fest, daß tunesische Versicherungszeiten mit zu berücksichtigen sind, soweit nach deutschem Recht die Versicherungspflicht oder das Recht zur freiwilligen Versicherung eine bestimmte Mitgliedschaftsdauer zur deutschen Krankenversicherung voraussetzt.

Artikel 12 regelt Näheres, wenn ein Entbindungspauschbetrag beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat in Anspruch genommen wird.

Artikel 13 enthält eine nähere Regelung für Personen, die allein eine deutsche Rente beantragt haben oder beziehen und bei gewöhnlichem Aufenthalt in Tunesien nach Artikel 16 Abs. 4 des Abkommens der deutschen Krankenversicherung zuzuordnen sind.

Artikel 14 enthält die besonderen Vorschriften für die Unfallversicherung.

Die Artikel 15 bis 20 enthalten Bestimmungen für die Rentenversicherung.

Insbesondere regelt Artikel 15 auf deutscher Seite die Zuständigkeit für die Leistungsfeststellung durch die Verbindungsstelle für die Rentenversicherung der Arbeiter.

Auf Grund des Artikels 16 ist klargestellt, daß in bestimmten Fällen, insbesondere bei den Voraussetzungen für die Rente nach Mindesteinkommen, tunesische Versicherungszeiten nicht mit deutschen Versicherungszeiten zusammengerechnet werden.

Die Artikel 21 und 22 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 511404 1. 85
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333